

BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES VOM 7. APRIL 2022

STOPPT DEN KRIEG IN DER UKRAINE

Der Landesjugendring NRW positioniert sich gegen den Krieg in der Ukraine und fordert Unterstützung für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Der Krieg in der Ukraine versetzt uns alle in einen Schockzustand. Wir verurteilen den Krieg in der Ukraine aufs Schärfste. Als Landesjugendring NRW sehen wir es als unsere Pflicht, geflüchtete Menschen zu unterstützen und insbesondere Kindern und Jugendlichen einen sicheren Anschluss in Deutschland zu ermöglichen. Wir fordern eine sofortige Beendigung des Krieges und der Besetzung des ukrainischen Staatsgebiets. Wir positionieren uns gegen Krieg, Hass und jegliche Menschenfeindlichkeit.

Millionen von Menschen müssen Freund_innen und Familie zurücklassen und fliehen, um sich selbst und ihren Kindern Schutz zu ermöglichen. Die Situation während der Flucht ist ein traumatisches Erlebnis. Vor allem Kinder und Jugendliche sind verwundbar durch die Ereignisse, die sie währenddessen erleben. Sie verlassen ihre Heimat unter gefährlichen Umständen und werden gewaltvoll aus ihrem bisherigen Leben gerissen. Als Landesjugendring NRW halten wir es deshalb für unabdingbar, dass allen Geflüchteten aus der Ukraine, insbesondere Kindern und Jugendlichen, ganz egal, welche Nationalitäten sie haben, adäquater Schutz in Form von sicherer, unbürokratischer Unterbringung, ausreichender Verpflegung und Bildungsmöglichkeiten geboten wird.

Auch trifft der Krieg alle Menschen in Deutschland, die Verwandte und Freund_innen in der Ukraine und/oder Russland haben. Viele Kinder und Jugendliche sind damit konfrontiert, mit der Tatsache umgehen zu müssen, dass nicht alle Menschen aus der Ukraine fliehen können und müssen um deren Leben fürchten.

Gleichzeitig setzen viele junge Menschen in Russland ihr Leben aufs Spiel, in dem sie gegen das Regime und den Krieg protestieren und Kinder und Jugendliche, die mit ihnen verbunden sind, leiden unter der entsprechenden Angst.

Die täglichen, erschütternden Berichterstattungen aus den Kriegsgebieten beeinflussen auch Kinder und Jugendliche, die zuvor vor Krieg nach Deutschland geflohen sind.

Das Gefühl von Sicherheit und Frieden scheint nun nicht mehr selbstverständlich. Der Krieg trifft und beeinflusst alle Kinder und Jugendlichen – ganz egal, welche Herkunft diese haben. Deswegen halten wir es für zwingend notwendig, dass psychosoziale Beratungs- und Unterstützungsangebote für alle Kinder und Jugendlichen organisiert werden, die direkt oder indirekt vom Krieg betroffen sind, um ihnen professionellen Beistand während dieser schwierigen Zeit bieten zu können.

Vulnerablen Gruppen Schutz gewähren

Queere Menschen in der Ukraine sind besonders gefährdet durch das russische Gesetz gegen sog. „Homosexuellen-Propaganda“ und von Verfolgung und Ermordung bedroht. Auch können Trans-Frauen, die keine Möglichkeit haben, ihr Geschlecht in ihren Ausweisdokumenten eintragen zu lassen, nicht fliehen, da sie als wehrpflichtig gelten. Jugendliche der LGBTQ+ Community leben seit dem Krieg in einer permanenten Angstsituation.

Der diskriminierende Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine, die aus Drittstaaten stammen, sind erschütternde Ereignisse, die auf keinen Fall hingenommen werden dürfen. Als Europäische Union stehen wir für Frieden und Völkerverständigung. Aus diesem Selbstverständnis heraus fordern wir alle Entscheidungsträger_innen der Europäischen Union dazu auf, sich gegen Abweisungen und rassistisch motivierte Trennung von B_PoC an den ukrainischen Grenzen zu wenden und diese zu beenden. Wir verurteilen diese Trennung aufs Schärfste und fordern eine gerechte Behandlung aller geflüchteten Menschen, ganz egal, aus welchen Ländern sie kommen. Alle Menschen, die vor Krieg fliehen, haben ein Recht auf Schutz – ganz egal welche Nationalität, Hautfarbe oder sexuelle Orientierung sie haben. Zudem lehnen wir eine Kategorisierung und rassistische Bewertung von Schutzsuchenden ab und fordern eine Willkommenskultur für alle geflüchtete Menschen – egal, ob sie aus der Ukraine, Syrien, Somalia oder Afghanistan kommen.

Des Weiteren dürfen die Aggressionen der russischen Regierung nicht mit der russischen Bevölkerung gleichgesetzt werden. Diskriminierung von russischstämmigen und russischsprachigen Menschen auch in Deutschland muss unterbunden werden. Insbesondere junge Menschen sind diesen Anfeindungen innerhalb der Schule oder in anderen Jugendeinrichtungen ausgesetzt. Wir sehen es deshalb als unsere Aufgabe, solche Verallgemeinerungen abzulehnen und russischstämmige sowie russischsprachige Kinder und Jugendliche vor solchen diskriminierenden Angriffen zu schützen.

Jedes Kind hat ein Recht auf gewaltfreie Erziehung – dieses Recht wurde Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine gerade genommen. Als Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen engagieren wir uns auf vielfältige Art und Weise, um geflüchtete Kinder und Jugendliche zu unterstützen. Wir sehen es insbesondere jetzt als unsere Pflicht, ein Beispiel für ein demokratisches und friedliches Miteinander zu sein, um vor allem Kindern und Jugendlichen einen Halt und Hoffnung in schwierigen Zeiten zu geben.

Engagement muss freiwillig bleiben!

Der Krieg in der Ukraine hat eine neue Debatte über ein mögliches Pflichtjahr für Wehrdienst oder soziales Engagement eröffnet. Für uns ist Engagement freiwillig. Junge Menschen sollen je nach Situation, Lebenslage und/oder Priorisierung selbst wählen dürfen, welchen Weg sie nach der Schule, Ausbildung oder Studium gehen wollen. Aus den gleichen Gründen erteilen wir Überlegungen, die seit 2011 ausgesetzte Wehrpflicht zu reaktivieren, eine Absage.